Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit ZCITUNG 2024



Für Demokratie, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit

Wie Menschen ihren Alltag gestalten, wie sie sich ernähren, wie sie wohnen, wie sie ihre Freizeit gestalten, wie sie sich fortbewegen, all das und mehr hängt ganz entscheidend von ihrem Einkommen ab. Seit Jahrzehnten befindet sich die soziale Ungleichheit in Deutschland auf hohem Niveau – Tendenz steigend. Corona-Pandemie, Energiekrise, Inflation und der Krieg in der Ukraine verschärfen die Einkommensungleichheit. Erfolgreiche Krisenbewältigung setzt aber ein Mindestmaß an sozialem Zusammenhalt voraus. Zu große soziale Ungleichheiten gefährden die Grundlagen des demokratischen Systems.

Armut, das verdrängte Problem

Armut ist für viele Menschen in Deutschland und natürlich auch in Rüsselsheim mittlerweile leider ein Dauerzustand. Mit 16,7 Prozent lag die Armutsquote deutschlandweit 2022 etwa ein Prozent höher als 2019. Als arm gelten Menschen, die im Monat 1.200 Euro oder weniger zur Verfügung haben. Das höchste Armutsrisiko haben Erwerbslose (ca.58 Prozent), gefolgt von Alleinerziehenden (ca. 43 Prozent) und Nichtdeutschen (ca. 35 Prozent). Kinder sind besonders betroffen: 1,3 Millionen leben mit dem Risiko, dauerhaft von Armut betroffen zu sein. In Rüsselsheim lebt ein Fünftel aller Kinder unter 15 Jahren von Sozial- und Transferleistungen. Und wie das so ist bei Dauerzuständen: Es tritt Gewöhnung ein. Wer in Deutschland reich ist, bleibt reich und wer arm ist, bleibt eben arm.

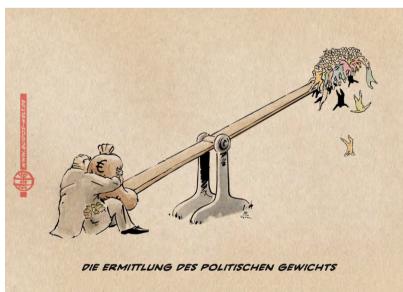
Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Ungleichheit vergrößert. Das zeigt auch die Vermögensverteilung in Deutschland. Die fünf reichsten Familien besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Das Nettogesamtvermögen aller Deutschen liegt bei 13 Billionen Euro. Der ärmere Teil der Bevölkerung teilt

sich von dieser Riesensumme gerade mal 0,5 Prozent. Auch erhebliche Teile der Arbeitnehmerschaft und des Mittelstandes sind von dieser Abwärtsspirale betroffen. Dazu kommen steigende Energie-, Lebensmittelund Mietpreise, eine Entwicklung, die vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen trifft.

Der Mindestlohn ist zu niedrig

In Deutschland arbeitet fast ein Fünftel aller Beschäftigten für den Mindestlohn von 12,41 Euro. Der Mindestlohn wird von der paritätisch besetzten Mindestlohnkommission festgelegt. Die letzte Erhöhung um 41 Cent erfolgte zum 1. Januar 2024. Die nächste Erhöhung soll dann im Januar 2025 stattfinden, ebenfalls um 41 Cent auf dann 12,82 Euro. Diese Erhöhung ist vor dem Hintergrund der extrem gestiegenen Lebenshaltungskosten viel zu niedrig und weit davon entfernt, den Mindestlohn armutsfest zu gestalten und erfolgte in der Mindestlohnkommission gegen die Stimmen der Gewerkschaften.

Parallel zum Anwachsen des Armutsrisikos findet eine Erosion



Was wirklich hilft:

Die zentrale Bedrohung für Deutschland und die ganze Welt ist der Klimawandel. Hier kann aber nur gegengesteuert werden, wenn dies sozial gerecht und nicht auf dem Rücken der ärmeren Bevölkerungsschichten geschieht. Das gilt auch international im Verhältnis der armen zu den reichen Ländern. Die Besteuerung der Reichen und Superreichen ist in Deutschland skandalös niedrig. Eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Vermögen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer müssen ihre Beteiligung an der Finanzierung des Gemeinwohls sichern.

Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft muss gestärkt werden. Das ist eine kulturelle aber auch eine materielle Frage. Es muss in unserer Gesellschaft eine belastbare Untergrenze für Einkommen geben. Das Bürgergeld darf nicht unterhalb der Armutsgrenze, der Mindestlohn nicht unter 14,00 Euro liegen. Dies ist auch ein Schutz gegen Dumpinglöhne und ein Mittel gegen den Niedriglohnsektor. Niedrige Einkommen müssen durch Sonderprogramme gegen die Folgen von Energiekrise, Inflation und CO₂-Bepreisung geschützt werden. Das Klimageld muss jetzt kommen.

der Mittelschicht statt. Nach Angaben der OECD zählten 1995 noch 70 Prozent der Bevölkerung zur Mittelschicht, während es 2018 nur noch 64 Prozent waren. Insbesondere junge Menschen wachsen immer öfter mit Armutserfahrungen auf und erleben, dass ihnen der Weg in die Mittelschicht verbaut ist. Kein Wunder, dass der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft schwindet und das Klima rauer wird. Das Bürgergeld wird als Belohnung für die Faulen diffamiert, Flüchtlingen Zuwanderung in unsere Sozialsysteme vorgeworfen und Gewerkschaften überhöhte Lohnforderungen. Die, denen es nicht gut geht, werden gegen die ausgespielt, denen es noch schlechter geht.

Die AfD bekämpfen, Demokratie verteidigen

Immer mehr gefährden die sozialpolitischen Fehlentwicklungen unsere Demokratie. Sie sind der Nährboden, auf dem die AfD und andere rechte Gruppen ihr Süppchen kochen. Seit Jahren können wir beobachten, wie Rassismus, Antisemitismus, Hetze gegen Minderheiten und andere Diskriminierungen zunehmen.

Seit 1990 wurden in Deutschland ca. 200 Menschen von Neonazis ermordet. Doch ausländerfeindliche Politik, von wem auch immer, verschafft niemandem soziale Sicherheit.

Die AfD ist gegen Steuererhöhungen, gegen die Vermögenssteuer, gegen Subventionen und gegen das Bürgergeld. Sie ist gegen eine Politik des sozialen Ausgleichs und gegen die dazu benötigten Instrumente. Sie ist eine aggressiv marktradikale, Arbeitnehmer:innen- und gewerkschaftsfeindliche Partei, die Demokratie und Menschenwürde mit Füßen tritt. Das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für Soziale Gerechtigkeit unterstützt daher die große Bewegung gegen rechts, die die menschenverachtenden Deportationspläne der AfD ausgelöst haben.



1. Mai-Kundgebung Rüsselsheim - Löwenplatz Beginn 10.30 Uhr

Bernd Schiffler

(DGB-Ortsverband Rüsselsheim)

Heidi Wieczorek-Zeul

Robert Hottinger

(GEW-Kreisverband Groß-Gerau)

Bernd Heyl

(Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit Rüsselsheim)

Sanaa Boukayeo

(VKL-Opel Rüsselsheim)

ab 13:00 Uhr: Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim

bei Bier, Wein, Essen, Kaffee und Kuchen - Musik

V.i.S.d.P.: DGB-Ortsverband Rüsselsheim, c/o Bernd Schiffler, 65474 Bischofsheim

Kommune als erlebbare Demokratie



Nachwuchs gesucht

ver di

Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hatte u.a. ein Ziel: öffentliche Dienstleistungen sollten nicht mehr erbracht, bzw. für die Privatwirtschaft lukrative Teile des öffentlichen Dienstes privatisiert werden. Der "schlanke Staat" und "Eigenverantwortung des Bürgers" waren die Schlagwörter der Stunde. Diese Politik setzte sich konsequent in der Steuergesetzgebung fort, indem Steuergeschenke an Reiche und Großkonzerne dafür sorgten, dass die Einnahmen des Staates immer weiter sanken. Heute zeigen sich die Auswirkungen dieser Politik u.a. in maroden Gebäuden, kaputten Straßen und fehlendem Personal. Auch in Rüsselsheim sorgen eingeschränkte Öffnungszeiten, lange Wartezeiten für persönliche Vorsprachen und lange Bearbeitungszeiten für großen Unmut innerhalb der Stadtgesellschaft.

Gemeinde als Grundlage des demokratischen Staates

Artikel 1 der Hessischen Gemeindeordnung: "Die Gemeinde ist die Grundlage des demokratischen Staates. Sie fördert das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe."

Gemeinsinn, Idealismus und Engagement können sich unmittelbar entfalten. Der "Staat" ist nicht eine anonyme Institution, sondern erlebbar und beeinflussbar: ich kann mitbestimmen, wohin die Reise in meiner Stadt gehen soll!

Gefährliche Gemengelage

Was passiert aber, wenn ich mich als Bürger:in ständig über meine kommunalen Dienstleistungen ärgern muss? Bei über 300 unbesetzten Stellen bei der Stadtverwaltung und im Eigenbetrieb Kultur erlebe ich ein defizitäres kommunales Dienstleistungsangebot. Was bringen mir die gewählten städtischen Organe und damit die Demokratie, wenn ich nur noch unzufrieden bin mit "meiner Stadt"? So entsteht schnell eine gefährliche Gemengelage aufgrund einer zunehmenden Distanz zwischen der Stadtgesellschaft und den gewählten demokratischen Orga-

Was ist zu tun?

Es bedarf eines Ausbaus kommunaler Dienstleistungen! Die Menschen vor Ort bedürfen einer Unterstützung in allen Lebenslagen. Dazu gehören u.a. für alle bezahlbare kulturelle Angebote, soziale Unterstützung, kostenlose Bildungsangebote und sozialer Wohnungsbau. Hier ist die Kommunalpolitik aufgefordert, endlich zu handeln!

Die ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim

Der öffentliche Dienst wird zunehmend unattraktiver. In allen Bereichen herrscht ein Mangel an Personal. Die freie Wirtschaft zahlt einfach besser und ist

moderner. Das macht sich auch bei den Ausbildungsstellen bemerkbar.

Die Bewerbungen für Ausbildungsstellen bei der Stadt Rüs-

dungsstellen bei der Stadt Rüsselsheim gehen immer weiter zurück und das obwohl laut Berufsbildungsbericht 2023 bundesweit über 2,6 Millionen Menschen zwischen 20 und 35 Jahren keine Berufsausbildung haben. Trotzdem bekommt die Stadt Rüsselsheim keine Azubis mehr. Stand jetzt haben wir für das kommende Ausbildungsjahr lediglich 11 von 93 Ausbildungsstellen besetzt!

Und das ist nicht so, weil junge Menschen keinen Bock mehr auf Arbeit haben. Nein, eine Ausbildung im öffentlichen Dienst ist einfach nicht mehr attraktiv. Und unser Arbeitgeber tut nichts dafür, dass sich an dieser Situation etwas ändert. Im Gegenteil, Ausbildung hat für unseren Arbeitgeber keinen Wert.

Und das obwohl der öffentliche Dienst junge, gut ausgebildete Fachkräfte mehr denn je braucht. Die Arbeit verdichtet sich immer mehr und der Altersdurchschnitt steigt dramatisch an. Bei der Stadt Rüsselsheim haben wir aktuell über 300 unbesetzte Stellen. Und über den Arbeitsmarkt bekommt man diese freien Stellen nicht mal annähernd besetzt. Trotz der hohen Anzahl an nicht

besetzten Stellen, bewirbt unser Arbeitgeber nicht aktiv diese Ausbildungsplätze, sondern erwartet Eigeninitiative. Zum Beispiel werden weder an den umliegenden Universitäten, noch an den Fachhochschulen die Plätze zur Ausbildung im Sozial- und Erziehungsdienst ordentlich beworben. Die Stadt Rüsselsheim denkt sich wohl, wenn die Ausbildung nicht beliebt ist, muss man sie auch nicht bewerben.

Seit dem 01.01.2024 hat die Stadt Rüsselsheim einen neuen Oberbürgermeister. Wir fordern Ihn und die Rüsselsheimer Kommunalpolitik auf, sofort alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um alle freien Ausbildungsplätze zu besetzen.

ver.di Jugend



Foto: Helga Roth

Kultur und Bildung – zu teuer?



hochschule der wichtigste öffentliche Dienstleistungsbetrieb für Bildung und Kultur in Rüsselsheim. Doch dieses Angebot wird von der Kommunalpolitik immer mehr unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und gerät damit in Gefahr, als bezahlbare öffentliche Dienstleistung abgeschafft zu werden.

Bildung – zu teuer?

Seit September 2023 ist Rüsselsheim um zwei bedeutende Bildungseinrichtungen ärmer. Die Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme und die Produktionsschule wurden geschlossen. Es war ein "Verlustgeschäft" mit dem keine schwarzen Zahlen geschrieben wurden. Doch für jährlich bis zu 100 Jugendliche war es ein Gewinn, dort Anerkennung zu finden und die größere Chance auf einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Sind Rüsselsheimer Jugendliche der Kommunalpolitik nur wertvoll, wenn sie keine unmittelbaren Kosten verursachen? Will man es denn unbedingt betriebswirtschaftlich sehen, dann fehlen uns genau diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt!

Personal – zu teuer?

Die Personalsituation im Eigenbetrieb ist verheerend. Ca. 130 Beschäftigte und 70 geringfügig Beschäftigte leiden seit Jahren unter unbesetzten Stellen. Und das passiert nicht zufällig: freie Stellen werden nicht zeitnah ausgeschrieben; Aufgaben werden auf die verbliebenen Kolleg:innen verteilt, diese werden damit gesundheitlich belastet; die Krankheitstage steigen und letztendlich erstatten Beschäftigte Überlastungsanzeigen; die Zahl der Kündigungen seitens der Beschäftigten häuft sich.

Inzwischen wird versucht, das fehlende Personal mit geringfügig Beschäftigten aufzufüllen. Das klappt natürlich auch nicht auf Dauer: Wer auf Abruf arbeiten soll, sucht sich schnell einen anderen Arbeitgeber. Selbst wenn eine Stelle ausgeschrieben wird, gibt es oftmals aufgrund der miserablen Bezahlung keine Bewerbungen. Wir fordern von der Kommunalpolitik eine Ausweitung des Stellenplans mit Anhebung der Vergütungen und eine ausreichende Finanzierung des Eigenbetriebes. Schließlich geht es um die Bildung und Kultur für unsere Stadtgesellschaft, insbesondere um die Zukunft unserer Kinder.

Die ver.di Vertrauensleute des

Wieder nur noch Aufbewahrung?

Schaut man sich die Geschichte der frühkindlichen Bildung in Deutschland an, entdeckt man sehr schnell, dass wir erschreckende Rückschritte machen.

1802 wurde in Deutschland die erste "Aufbewahrungsanstalt für kleine Kinder" gegründet. Um einen Betreuungsplatz zu erhalten, mussten die Eltern nachweisen, dass sie aufgrund prekärer Lebensverhältnisse gezwungen waren, einer außerhäuslichen Tätigkeit nachzugehen. Erst sehr viel später entstanden die ersten Kindergärten, die sich schon als frühkindliche Bildungseinrichtung verstanden. Aber der Ausbau verlief schleppend. Der Bildungsauftrag von Kindergärten geriet erst in den 1960er und 70er Jahren ins Blickfeld. Erste Überlegungen zur Bedeutung der frühkindlichen Bildung und ihrer Verbindung mit dem Schulsystem wurden angestellt, eine Integration des Kindergartens in das bestehende Bildungssystem erfolgte jedoch nicht.

Schock durch PISA-Studie

Ausgelöst durch die ernüchternden Ergebnisse der ersten PISA-Studie im Jahre 2000 sollten die Kindetagesstätten nun zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen werden. Daraufhin wurden in allen Bundesländern Bildungsund Erziehungspläne erarbeitet und Kindertagesstätten erstmals als Bildungseinrichtungen verstanden. Dies löste gleichzeitig eine Aufwertungskampagne der Gewerkschaften für den Berufsstand der Erzieher:in aus.

Und heute?

Eltern müssen immer noch ihre Berufstätigkeit nachweisen, um einen der begehrten und raren Kita-Plätze zu erhalten. Sozial benachteiligte Kinder fallen da ganz schnell hinten runter und erhalten keinen Platz. Der rasante und ziemlich planlose Kita-Ausbau (seit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz) ist vorrangig eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme und keine bildungspolitische. Es geht wieder in Richtung Masse statt Klasse. Kita-Plätze sind da – es fehlen aber die Fachkräfte. Allein in Hessen sind es 7500 – und würde man den Bildungsauftrag ernst nehmen fehlen 12 600 Erzieher:innen. In Rüsselsheim sind aktuell über 50 Stellen unbesetzt. Die Antwort der Politik: "Deprofessionalisierung"! In Hessen dürfen seit August 2024 25 % der in Kitas tätigen Personen fachfremd sein, d.h. keinerlei pädagogische Kenntnis wird benötigt. Die "Aufbewahrungsanstalt für kleine Kinder 2024" ist vollbracht!

Um das Ziel einer frühkindlichen Bildungseinrichtung zu erreichen könnte eine Begrenzung der Öffnungszeiten auf täglich 6

Stunden eine Antwort sein. Wir

müssen endlich eine ehrliche Dis-

kussion führen: Aufbewahrung

oder Bildung?

Die ver.di-Vertrauensleute Kitas Stadt Rüsselsheim

Kontakt

Ansprechpartner:innen

Michaela Stasche (ver.di) 06142-832333

> Bernd Heyl (GEW) 06152-1877471

Hans-Peter Greiner (KAB) 06142-46798

> Ingridt Reidt (Kath. Betriebsseelsorge) 06142-64104

Treffpunkt/Postadresse:

Haus der Kath. Betriebsseelsorge Weisenauer Straße 31, 65428 Rüsselsheim

Druck:

Druckerei Bode, Wiesbaden

Unvereinbar!

Klare Haltung - ausgesprochen!



Kinderarmut – ein Rüsselsheimer Problem





Ingrid Reidt

istisch erhebt darf und

Foto: Christiane Böhm

"Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar" -Unter diese Überschrift stellen die deutschen Bischöfe im Frühjahr 2024 ihre dreiseitige Erklärung zur AfD. Sie wenden sich in aller Deutlichkeit gegen jegliche Form personenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung und betonen die Unvereinbarkeit des Christentums mit völkisch-nationaler Gesinnung und der als rechtsextrem einzustufenden AfD. Als Katholische Betriebsseelsorge Südhessen/Rhein-Main und als christliche Kirche, ist es für uns nicht nur selbstverständlich, sondern Pflicht, vor Ort, in den Kommunen und Regionen gemeinsam mit anderen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße zu gehen:

- Jeder Mensch ungeachtet seiner Herkunft, seiner Hautfarbe oder seiner religiösen Überzeugung verfügt unverhandelbar über die gleiche Würde, die gleichen Grundrechte. Jede und jeder verdient uneingeschränkt Schutz und Anerkennung.
- Es gibt keine Menschen zweiter oder dritter Klasse.
- Eine Politik des Hasses, menschlicher Entwürdigung und Ausgrenzung, Hetze und Gewalt steht im radikalen Widerspruch zum christlichen Menschenbild.

Das heißt: Die Unterstützung oder Mitgliedschaft in der AfD oder anderen rechtspopulistischen und rechtsradikalen Organisationen sind UNVEREINBAR mit der christlichen Gesinnung. Wo immer jemand sich über einen anderen menschenfeindlich, rassistisch erhebt, darf und muss er/sie mit unserer klaren Haltung und Intervention rech-

Ebenso wichtig wie die eigene klare Haltung ist es, sich nicht alleine, sondern **gemeinsam** für die Errungenschaft unserer Demokratie einzusetzen. In Rüsselsheim hat das gute und lange Tradition - in Bündnissen gegen Rechtsextremismus / im Bündnis für soziale Gerechtigkeit.

Was es dauerhaft braucht:

- Dass die Demonstrationen nicht erlöschen, sondern der Auftakt dazu sind, auch in Zukunft - und auf Strecke breit aufgestellt für Demokratie und Recht einzustehen,
- dass wir uns gegenseitig stärken, wenn es um Zivilcourage im ganz normalen Alltag geht, nämlich im Betrieb, in Bus und Bahn, in Siedlung und Quartier, innerhalb der eigenen Organisation oder im privaten Umfeld.

Wir als Betriebsseelsorge Südhessen/Rhein-Main, wie auch das Bündnis für soziale Gerechtigkeit Rüsselsheim sind dabei. Wichtig ist uns vor allem: Lassen wir es nicht zu, dass die Ärmsten gegeneinander ausgespielt werden und so ein Nährboden für rechtes Gedankengut entsteht.

Wir müssen, und das ist mein Appell, das Problem wachsender rechtsextremer Tendenzen mit den brennenden sozialen Fragen der Armut vor Ort und weltweit zusammendenken.

> Ingrid Reidt, Betriebsseelsorge Südhessen/Rhein-Main

Eltern wünschen sich für ihre Kinder, dass sie ausreichend ernährt, gepflegt und gebildet sind, damit sie gut durchs Leben kommen.

Die Wirtschaft benötigt engagierte und kompetente Menschen, und die Gesellschaft Bürger:innen, die in der Lage sind, ein demokratisches Gemeinwesen selbstbewusst mitzugestalten. Dafür brauchen wir in allen Bereichen Rahmenbedingungen, die junge Menschen befähigen, die Anforderungen des Lebens zu bestehen.

In Rüsselsheim liegt laut dem Sozialmonitor des Kreises Groß-Gerau die Zahl der von Armut betroffenen Kinder bei ca. 19%. Daraus folgende Entwicklungsverzögerungen, depressive Stimmungen und Bildungsdefizite werden nicht erst seit Corona diagnostiziert, eine altersgemäße Entwicklung ist oft nicht möglich.

Viele Verbände, Vereine, Bildungseinrichtungen, Fachbereiche sind sich der Problematiken bewusst und bieten Hilfsmöglichkeiten an. Es gibt z.B. den RüssesIsheim-Pass mit Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr, Ermäßigungen bei Theaterund Museumsbesuchen, etc. Schulen haben Materialzimmer eingerichtet, bei der Caritas gibt es die "Schultafel", MainKinderkram und Kinderherzchen verteilen Kleidung und Spielzeug für Kinder. Über das Jobcenter werden halbjährliche Zuschüsse zu

Schulmaterialen und Klassenfahrten gewährt, Vereine bieten ermäßigte Beiträge.

Das hört sich alles gut organisiert an, aber reicht das?

Die Frage ist, kommen die Hilfsangebote bei der betroffenen Bevölkerung an?

Dies wage ich aus meiner Erfahrung heraus zu verneinen. Was ist zu tun? Mehr Vernetzung der Einrichtungen, Kommunikation, Sensibilität, Bewusstheit von Erzieher:innen, Lehrer:innen, Sozialarbeiter:innen und Politik könnten ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Claudia Heyse

Nötiger denn je: Engagierte Personalräte



Mitte Mai sind auch an den Schulen Personalratswahlen. Daran teilzunehmen scheint für viele der Beschäftigten jedoch keineswegs mehr selbstverständlich zu sein.

Offenbar führten Beschränkungen während der Corona-Pandemie, grundlegende Veränderungen von Schulen im letzten Jahrzehnt, die Ausweitung schulischer Aufgaben und nicht zuletzt die hohe Arbeitsbelastung dazu, dass gemeinsame Interessen nicht mehr wahrgenommen und kommuniziert werden. Hinzu kommt eine starke Heterogenität der Beschäftigungsverhältnisse, von prekär bis zur Verbeamtung auf Lebenszeit.

Die Belastungsanzeigen vieler Kollegien zeigten, wie stark alle in den Bildungseinrichtungen Beschäftigte am Limit arbeiten. Kaum ein Tag vergeht ohne Klagen über die Bildungskatastrophe im Land, dennoch ändert sich gefühlt nichts.

Sicher sind es eher die kleineren Themen, denen sich der Personalrat an einer Schule annimmt und seine Arbeit ist innerhalb eines gesetzlichen Rahmens relativ klar begrenzt. Für jeden einzelnen Beschäftigten kann das jedoch existenziell sein, ob es sich z.B. um Vertretungsunterricht, Rahmenpläne, Einstellungen, Abordnungen, Beurlaubungen oder gar um Mobbing handelt.

Starke Personalräte brauchen starke Gewerkschaften

Neben den örtlichen Schulpersonalräten werden am 14./15. Mai auch die Gesamt- und Hauptpersonalräte gewählt. Sie können über eine direkte Interessensvertretung in der jeweiligen Schule hinaus eine größere personalvertretungsrechtliche und politische Wirksamkeit erreichen. Gesamtpersonalräte in Hessen sind an einem der 15 Staatlichen Schulämtern tätig und der Hauptpersonalrat am Kultusministerium.

Ohne Gewerkschaften sind keine Tarifauseinandersetzungen möglich und ohne gewerkschaftliche Unterstützung meist keine gute Personalratsarbeit. Wir sollten nicht unsere Chancen verschenken und bei den Wahlen die einst hart erkämpften Arbeitnehmerrechte wahrnehmen.

Carola Pruschke-Löw



Weit über 1.000 Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer demonstrieren am 27.01. auf dem Bahnhofsvorplatz gegen die AfD. Foto: Alex König

Das Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit ist ein offener Zusammenschluss von Akteur:innen aus Gewerkschaften, kirchlichen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen. Der Zuspitzung der Krisen in unserer Gesellschaft halten wir unsere Forderung nach sozialer Gerechtigkeit entgegen. Wir lassen uns nicht aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Religion oder Behinderung spalten und wenden uns gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder aggressiven Nationalismus. Wir fordern den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien im Kampf gegen die Klimakrise, eine solidarische nicht auf Wettbewerb fußende Gesellschaft und Frieden für die Ukraine.

Besorgt um die Schwächsten in der Lieferkette

Die Initiative Lieferkettengesetz im Landkreis Groß-Gerau zeigt sich besorgt über die von der FDP erzwungene Entscheidung der Bundesregierung, dem Beschluss zum EU-Lieferkettengesetz, der zwischen Vertreter:innen der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments und des EU-Rats in den sogenannten Trilog-Verhandlungen im Dezember erzielt wurde, nicht zuzustimmen. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) teilte mit, dass die Bundesregierung diese Entscheidung getroffen habe. Gemeinsam mit der Initiative Lieferkettengesetz kritisiert das Forum Fairer Handel diese fatale Enthaltung bei einem für Menschenrechte und Umweltschutz so wichtigen Vorhaben. Nun liegt es am Stimmverhalten der anderen EU-Mitgliedsstaaten, ob das EU-Lieferkettengesetz durchkommt.

"Die Ablehnung des EU-Lieferkettengesetzes durch die Bundesregierung ist äußerst bedauerlich und lässt uns ernsthaft daran zweifeln. ob der Schutz von Menschenrechten und Umwelt für die Regierung eine Priorität darstellt", kommentiert Pfarrer Stefan Klaffehn, Mitglied der Initiative Lieferkettengesetz im Landkreis Groß-Gerau.

Das EU-Lieferkettengesetz hätte einen bedeutenden Fortschritt im Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima in den Lieferketten europäischer Unternehmen bedeutet, obwohl die zwischen den drei EU-Institutionen ausgehandelten Eckpunkte aus Sicht des Bündnisses erhebliche Schutzlücken aufweisen.

Unternehmen wären verpflichtet gewesen, ihre Lieferketten auf Risiken für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen zu prüfen und bei Risiken geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zudem hätten Betroffene Zugang zu Gerichten in den Mitgliedstaaten erhalten und auf Schadensersatz klagen können.

"Die Entscheidung der Bundesregierung zeigt eine erschreckende Gleichgültigkeit gegenüber einem besseren Schutz von Menschenrechten und Umweltschutz entlang globaler Lieferketten. Es ist enttäuschend, dass die Regierung nicht bereit ist, ein starkes

Zeichen für gerechtere und nachhaltigere Lieferketten zu setzen. Wir sorgen uns, dass wieder die Schwächsten den Preis für die ausbleibenden Regelungen zahlen müssen", ergänzt Ingrid Reidt, Betriebsseelsorge Südhes-

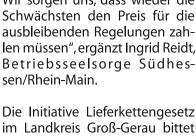
im Landkreis Groß-Gerau bittet weiterhindie anderen EU-Mitgliedstaaten, das EU-Lieferkettengesetz trotz der deutschen Enthaltung zu unterstützen und somit einen wichtigen Schritt in Richtung gerechterer globaler Lieferketten zu gehen.

Über die Initiative Lieferkettengesetz im Landkreis Groß-**Gerau:**

Die Initiative Lieferkettengesetz im Landkreis Groß-Gerau setzt sich aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen und engagierten Bürger:innen zusammen, die sich gemeinsam für die Einführung verbindlicher Regelungen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz entlang von Lieferketten einsetzen.

Stellungnahme der Initiative Lieferkettengesetz zur Enthaltung der Bundesregierung zum Beschluss zum EU-Lieferkettengesetz vom 20.02.2024

Kontakt: u.a.: Ingrid Reidt: ingrid.reidt@bistum-mainz.de



Täglich sind fast 1.200 neue Mitglieder in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten. Über 437.000 neue Gewerkschaftsmitglieder senden damit ein starkes Signal an Arbeitgeber und die Politik. Die Zahlen zeigen: Die Menschen trauen dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften jede Menge zu. Was die Gewerkschaften bewegen, zeigt auch das Motto zum 1. Mai "Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit". Gute Arbeits- und Lebensbedingungen gibt es nur mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerk-

schaften.

1. Mai 2024:

Mehr Sicherheit.

Die DGB-Gewerkschaften haben

2023 großen Zuspruch erfahren:

Mehr Lohn. Mehr Freizeit.

Der diesjährige 1. Mai findet in einer Zeit der zunehmenden Verunsicherung in der Gesellschaft statt. Die Gewerkschaften geben an diesem Tag drei Kernversprechen: "mehr Lohn, Freizeit und Sicherheit", die mit starken Tarifverträgen zu erreichen sind.

- Alles wird teurer. Unsere Antwort: Mehr Lohn.
- Alles wird schneller und stressiger: Unsere Antwort: Mehr Freizeit.
- **Arbeiten ohne Tarifvertrag: Unsere Antwort: Mehr** Sicherheit durch Tarifbindung

Immer weniger Beschäftigte arbeiten mit Tarifvertrag und haben daher viele Nachteile, weniger Geld und weniger Sicherheit. Dieser Entwicklung muss zusammen mit den Einzelgewerkschaften der Kampfangesagt und die Tarifwende eingeleitet werden. Gute Arbeitsbedingungen und gutes Leben werden in Tarifverträgen geregelt wie die Höhe des Lohns, die Anzahl der Urlaubstage, Zulagen und vieles mehr. Staatliche Gesetze sind nur Mindeststandards, also die unterste Haltelinie. Wer mehr will muss verhandeln. Die Gewerkschaften können in Tarifverhandlungen notwendige Forderungen aufstellen und durchsetzen und deine eigenen Rechte bei der Arbeit stärken.

DGB

Du willst dazu beitragen, dass dein Unternehmen tarifgebunden bleibt oder wird? Du willst, dass die Politik endlich mehr tut, um die Tarifbindung in Deutschland wieder zu erhöhen? Du hast die Macht, selbst etwas zu bewegen!

Ohne dich geht es nicht: Gemeinsam sind wir erfolgreich!

Wir treffen uns am 1. Mai um 10.30 Uhr in Rüsselsheim auf dem Löwenplatz!



Weltlage: Düster bis tiefschwarz

Aktuell gibt es weltweit mehr als 100 bewaffnet ausgetragene Konflikte [1]. Sie alle verursachen katastrophale Lebensbedingungen und liegen meist außerhalb des Radius der hiesigen medialen Aufmerksamkeit.

- Zum Beispiel Somalia: 1,8 Millionen Kinder unter fünf Jahren leiden unter akuter Mangelernährung.
- DR Kongo: Tausende Menschen, die vom Roten Kreuz wegen Waffenverletzungen behandelt werden. Die Gesundheitsversorgung im Osten des Landes ist nahezu zusammengebrochen.
- Haiti: Mehr als drei Millionen Menschen benötigen aufgrund der anhaltenden bewaffneten Gewalt dringend humanitäre Hilfe. Die Hälfte der Bevölkerung leidet Hunger.
- Sahel-Zone: Das Leid von Millionen Menschen in Mali und in der gesamten Sahelregion ist auf die tödliche Verflechtung von Kriegen und Klimakrise zurückzuführen.[1]

In unser Blickfeld rücken diese Regionen durch diejenigen, die für sich und ihre Familien einen Ausweg aus Elend, Gewalt und Verfolgung durch die Migration nach Europa erhoffen. Hier begegnen sie einer gefährdeten

Willkommenskultur aber auch einer üblen Hetze, die in "Umvolkungs"-Fantastereien, "Absaufen lassen"-Rufen bei rechten Demos und "Remigrationspläne" der erstarkenden rechtsextremistischen AfD münden.

"Konzerne profitieren, Menschen verlieren"

Das Krankheiten, Hunger und Gewalt zugrunde liegende ökonomische Elend basiert zum einen immer noch auf den Spätfolgen des mörderischen und ausbeuterischen Kolonialismus, zum anderen aber auf fortgesetzter neokolonialer Ausbeutung.

Eine wichtige Rolle dabei spielen die "Economic Partnership Agreements" (EPAs) der EU mit Ländern des globalen Südens. Diese oft durch eine Kombination von wirtschaftlicher Erpressung und finanzieller "Pflege der politischen Landschaft" zustande gekommenen Abkommen haben mit Partnerschaft auf Augenhöhe nichts zu tun. Attac fasst die Folgen zusammen: "Konzerne profitieren, Menschen verlieren".

Wenn dann, wie jüngst in Mali, Niger und Burkina Faso von offenbar großen Bevölkerungsmehrheiten unterstützte Militärs die Regierung übernehmen und, wie der Spiegel schreibt, aus dem



- oft mit militärischer Gewalt gestützten - "westlichen Entwicklungsmodell" aussteigen wollen und somit diese "Region dem Westen zu entgleiten droht", sind die Eurozentristen fassungslos. [2]

Im Hinblick auf die aktuellen Kriege Russland/Ukraine/NATO und Israel/Hamas/Palästinenser fordert Attac, die diplomatischen Bemühungen zu verstärken. Widerstand müssen wir der verstärkten Militarisierung und Kriegstüchtigmachung der Gesellschaft entgegensetzen. Die Main-Spitze vom 21. Februar stellt die Konsequenzen von Kriegsfolgen und Militarisierung plastisch dar: "Geringverdiener trifft es besonders hart" und "Besser geht es heute einzig der Rüstungsindustrie".

Heinz-Jürgen Krug Sprecher Attac Rüsselsheim und aktiv im Rüsselsheimer Friedensschutzkreis

[1] aus Berichten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz [2] Der Spiegel vom 4.10.2023 und

28.1.2024



Kinderarmut und Kinderrechte in Krisen-Zeiten

Diskussions- und Informationsveranstaltung am 25. April 2024 um 19.00 im Haus der Kirche "Katharina von Bora" Marktstraße 7, Rüsselsheim mit Prof. Dr. Michael Klundt, **Moderation: Ingrid Reidt und Bernd Heyl**

In einem einleitenden Vortrag untersucht Michael Klundt die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Zeiten von Wirtschafts- und Klima-Krisen, Corona- und Kriegs-Zeiten. Werden hier die Standards der UN-Kinderrechte verletzt? Ausgehend von den Erscheinungsformen werden Folgen von Kinderarmut und Corona (-Maßnahmen) aufgezeigt. Es folgt die Auseinandersetzung mit den wissenschaftlichen Befunden zu Ursachen, Zusammenhängen, und Folgewirkungen von Kinderarmut.

- · Wie gehen Medien, Politik, und Wissenschaft mit
- Welche Schlussfolgerungen ergeben sich für politisches und pädagogisches Handeln?

Zum Schluss werden einige notwendige, kinderrechtsorientierte Maßnahmen und Alternativen skizziert, welche gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen mitberücksichtigen, wie z.B. den gestiegenen privaten Reichtum im Verhältnis zur Ausweitung und Verstetigung von Armut in familiären und kindlichen Lebenswelten.

Im Anschluss an den Vortrag berichten Rüsselsheimer Kolleginnen und Kollegen in Kurzstatements von ihren Erfahrungen: Aus den Kitas die ver.di Vertrauensleute Petra Geyer und Janis Bädje, aus dem allgemeinen Sozialen Dienst Markus Zinkeisen, Christine Müller, Caritaszentrum Rüsselsheim sowie der Kinderarzt Dr. Mathias Reckmann.

Veranstalter: DGB Ortsverband Rüsselsheim, ver.di Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung der Stadt Rüsselsheim, Katholische Arbeitnehmerbewegung, Katholische Betriebsseelsorge Rüsselsheim Südhessen, Ev. Dekanat Groß-Gerau/Rüsselsheim, Südhessisches Bündnis "Gemeinsam gegen Altersarmut von Frauen", Arbeit und Leben